

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/87

Bonn, den 8. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	<u>20 Jahre nach der Blockade</u>	113

Wir brauchen Geduld und Beharrlichkeit

Von Kurt Mattick, MdB

3 a	<u>Verjähmung</u>	33
	Uneinige Union	

4 - 5	<u>Installation von Lokalsendern?</u>	82
-------	---------------------------------------	----

Folgenreiche Konsequenzen

Von Heinrich Braune

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

- Anpassungsfähigkeit verhindert Veränderungen
- Frauen sind auf gründliche Dauerreformen angewiesen -
- Chemie- und Physikunterricht für Mädchen
- Initiative der Gütersloher Frauenverbände -
- Kurzmeldungen

## 20 Jahre nach der Blockade

Wir brauchen Geduld und Beharrlichkeit

Von Kurt Mattick, MdB

Am 12. Mai jährt sich zum 20. Mal das Ende der totalen Blockade gegen Berlin, die von der Sowjetunion als einer der Höhepunkte ihres Kalten Krieges gegen die deutsche Entwicklung und die westlichen Siegermächte geführt wurde.

Es bleibt ein geschichtlich unverzeihlicher Irrtum der Westmächte, daß Berlin bei der Zonenaufteilung nach dem Kriege nicht Schnittpunkt der Demarkationslinien wurde, sondern 160 km tief im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands verblieb. Es ist wohl wesentlich den illusorischen Vorstellungen Roosevelts zuzuschreiben, der ernsthaft geglaubt hat, die Allianz mit der Sowjetunion gegen Hitler und Genossen ließe sich ohne weiteres in gemeinsamer Friedenspolitik fortsetzen. Man hatte sich wohl zu wenig mit dem Stalinismus beschäftigt.

Es kam dazu, daß man glaubte, noch auf sowjetische Hilfe im Krieg gegen Japan rechnen zu müssen.

Es hat allerdings in den Reihen der Berater der westlichen Alliierten viele Warner vor dieser Fehleinschätzung gegeben.

Der Kampf um Berlin ist mit dieser Blockade am dichtesten an die Fortsetzung des Krieges auch auf europäischem Boden herangekommen. Es war eine kriegsnahe Herausforderung der westlichen Alliierten durch die Sowjetunion und zeigte deutlich, wie weit die Sowjetunion sich in der Berlinfrage an die Risikogrenze heranzupirschen bereit war, nachdem die sowjetische Vorstellung sich als falsch erwiesen hatte, daß die Machtteilung mit den Westmächten in Berlin nur eine kurze Übergangszeit sein würde. Sicher glaubte die Sowjetunion damals, die Berliner Bevölkerung sei nach dem Kriege reif für die Sowjetisierung.

Die Auseinandersetzung um die Zwangsvereinigung von SPD und KPD war der erste Versuch, mit politischen Macht- und Druckmitteln ganz Berlin dem sowjetischen Machtbereich unterzuordnen und die Westmächte aus der Stadt herauszumanövrieren sowie vor allen Dingen freie Wahlen, wie sie auch von der sowjetischen Kommandantur für 1946 zugesagt

waren, nicht mit einer unabhängigen sozialdemokratischen Partei zuzulassen. Nachdem dieser Prozeß nicht gelang, und die SED in Berlin nur die KPD ersetzte, führten die Wahlen am 20. Oktober 1946 zu einer schweren Niederlage für die Kommunisten und die sowjetische Besatzungsmacht.

Dieser Wahl lag eine vorläufige Verfassung zugrunde, die von den vier Besatzungsmächten vorgelegt wurde und den Auftrag beinhaltete, innerhalb von zwei Jahren eine deutsche Verfassung für Berlin zu erstellen und auf deren Grundlagen eben nach zwei Jahren Neuwahlen durchzuführen. Dies hätte bis zum 20. Oktober 1948 geschehen müssen. Aber diese Wahl zu verhindern, war ein wesentliches Anliegen sowjetischer Berlin-Politik, denn selbst im sowjetischen Sektor war den Kommunisten eine weitere Niederlage sicher. Eigentlicher Anlaß zur Blockade war die Währungsreform, die von den Westmächten für notwendig gehalten wurde, von der Sowjetunion aber im Ernst nicht gewollt war.

Während die Westmächte an einem Wiederaufbau Deutschlands mit dem Ziel interessiert waren, daß das Land sich allmählich wieder selbst erhalten könne, wie der Marshallplan bewies, waren die Sowjets daran interessiert, so lange wie möglich aus der laufenden Produktion fast alles in die Sowjetunion abzuziehen. Eine gemeinsame Währungsreform hätte die sowjetischen Abzüge an Gütern aus Deutschland unter alliierter Kontrolle bringen können.

Da es keine Verständigung unter den vier Mächten gab, sahen sich die Westmächte veranlaßt, in ihrem Besatzungsbereich, unabhängig vom sowjetischen Verhalten, eine Währungsreform durchzuführen. Hier fiel eine schicksalhafte Entscheidung für Berlin. Für die gewählte Führung der Stadt war es selbstverständlich, daß Berlin sich der westdeutschen Währungsreform anschloß, denn nur so ergab sich die Möglichkeit, Anschluß an die Wirtschaftsentwicklung der westlichen Zone Deutschlands zu finden; gerade das aber wollte die Sowjetunion nicht.

Die Westmächte zweifelten. Es gehörte erheblicher Kampf der verantwortlichen Berliner Führung mit Ernst Reuter an der Spitze dazu, um die Westmächte davon zu überzeugen, daß nach den Auseinandersetzungen der ersten drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Staates die Westmächte Berlin jetzt nicht im Stich lassen konnten.

Die Sowjets wußten auch, daß die Einbeziehung Berlins bzw. Westberlins in die westdeutsche Währungsreform einen gewissen Schlußstrich

unter ihre Bemühungen setzte, ganz Berlin in ihren Machtbereich einzuordnen.

Die Blockade gegen Berlin war der entscheidende Versuch, den Zusammenbruch der westalliierten Politik in Berlin zu erzwingen. Die Luftbrücke war eine grandiose Antwort der USA und ihrer Verbündeten, ohne Krieg nicht zu kapitulieren. Ihr Verhalten war ein Beweis der Entschlossenheit, auch gegenüber härtester Provokation den Frieden zu wahren. Zu der Zeit hatte die Sowjetunion noch keine Atombombe.

Es war klar, daß die Versorgung Berlins aus der Luft nur das Notwendigste heranbringen konnte. Weder ließ sich der Industrieaufbau fortsetzen, noch ließen sich die normalen Lebensbedingungen in Bezug auf Ernährung aufrecht erhalten, die schon geschaffen waren, und noch viel weniger konnte man für den strengen Winter genügend Heizungs- material heranschaffen.

Die Sowjetunion hatte den Westberlinern angeboten, Lebensmittel und Heizungsmaterial aus ihrem Bereich zu liefern. Aber Hunger und Kälte haben die Berliner lieber ertragen, als den Forderungen der Sowjets nachzugeben. Hinzu kam, daß ein weites Gefühl der Solidarität aus Westdeutschland sowie der westlichen Nachbarn den Berlinern entgegenströmte. Das Verhalten der Berliner während der Blockade war ein entscheidender Anlaß für eine Veränderung der politischen Einstellung bei den westlichen Siegermächten zum deutschen Volke. Im Grunde ist in dieser Auseinandersetzung um Berlin während der Blockade die Basis für eine gesunde Entwicklung der entstehenden Bundesrepublik geschaffen worden.

Leider haben die Alliierten den Abschluß der Blockade hingenommen, ohne daß die Zugangswege nach Berlin wirklich abgesichert wurden. Das Jessup-Malik-Abkommen hat zwar zum Ende der Blockade geführt, aber die Versäumnisse der Vergangenheit wurden nicht überholt. Man hat nicht einmal die Möglichkeiten weiterer Verhandlungen ausgeschöpft, die in dem Abkommen vorgesehen waren. Einen wirklich freien Zugang nach Berlin hat es seitdem nie gegeben und heute sind Nadelstiche zur Gewohnheit geworden. Nach dem Scheitern der Blockade gab es im Ostblock eine für die Sowjetunion gefährliche Entwicklung, die zum 17. Juni 1953 in Deutschland und zum Oktober 1956 in Polen und Ungarn geführt hat.

1958 stellte Chruschtschow das Ultimatum an die Westmächte und die Bundesregierung, binnen sechs Monaten die sowjetischen Bedingungen für die deutsche Spaltung und den Sonderstatus Berlins zu akzeptieren. Es gab erhebliche Spannungen in der deutschen Frage. 1961 wurde die Mauer gezogen und Chruschtschow glaubte, Berlin erledigt sich nun durch Schmoren im eigenen Saft. Die gefährlichste Lage für Berlin könnte jetzt eintreten, wenn in Westdeutschland selbst Geduld und Beharrlichkeit versiegen würden.

## Verjährung

### Uneinige Union.

sp - Es ist kein erhebender Eindruck, den das Hin und Her um die Aufhebung der Verjährung für Mord und Völkermord bietet. Mit Ausnahme der CSU-Minister hatte sich das Kabinett nach langer und alle Aspekte umfassender Diskussion für den von Bundesjustizminister Dr. Ehmke vorgeschlagenen Entwurf seines Vorgängers Dr. Heinemann entschieden. Die Unionsparteien sind zwar auch für die Aufhebung der Verjährung, sie möchten aber entgegen dem Entwurf Heinemanns eine "differenzierendere Formulierung" im Gesetz eingebaut wissen, um einen Unterschied von Mördern und ihren Gehilfen zu fixieren. In der Praxis wird er ohnehin gemacht, das bezeugen bei den NS-Prozessen viele Urteile. Der Mordgehilfe kam immer leichter davon als sein unmittelbarer Vorgesetzter, außer er machte sich schrecklicher Grausamkeiten schuldig.

Es geht vornehmlich um die sogenannten Schreibtisch-Mörder. Sie selbst haben ihre Hände nicht mit Blut befleckt, aber sie gaben vom Schreibtisch aus die Befehle für die Vernichtung von Hunderttausenden von Menschen. Wie will man hier den Unterschied von "kleinen" und "großen" Mördern in juristisch einwandfreie Gesetzestexte fassen? Der Bundestagsfraktions-Vorsitzende der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel, räumte selbst vor der Presse ein, es gäbe dafür kein Patentrezept. Die von Teilen der Union gewünschte "differenzierendere Formulierung" mit der damit verbundenen Abschwächung des vom Kabinett angenommenen Heinemann-Entwurfs ist wohl angetan, statt Klarheit zu schaffen nur neue Unsicherheit und Verwirrung zu stiften. Wem ist damit geholfen?

Es wäre schlimm, wenn keine Einigung zwischen den Koalitionsparteien zustandekäme, die dem Grundgedanken des Heinemann-Entwurfs nicht Rechnung trägt. Wie sagt doch Bundeskanzler Kiesinger? Eine Verjährung der NS-Morde verstieße gegen die Ehre der Nation. Es muß eine Lösung gefunden werden, die den Prozeß der moralischen Selbstreinigung unseres Volkes nicht unterbricht.

## Installation von Lokalsendern?

### Folgenreiche Konsequenzen

Von Heinrich Braune

Große Ereignisse sollen bekanntlich ihre Schatten voraus werfen.

Nach den Schatten zu beurteilen, müßte ein "Viertes Fernsehprogramm" ein großes Ereignis werden. Denn obwohl noch gar nicht feststeht, ob die Bundespost auf der nächsten internationalen Wellenkonferenz 1970 die für ein viertes Programm notwendigen Frequenzen überhaupt zugeteilt bekommt, ist jetzt bereits hinter den Kulissen die Debatte darüber heiß entbrannt.

Das hat seine besonderen Gründe: Ein viertes Programm würde durch einen bisher nicht genutzten Wellenbereich ausgestrahlt werden. Über Band VI, das ist der sogenannte Giga-Hertz-Bereich mit seinen 2 1/2 bis 2 3/4 Zentimeterwellen.

Die Bundespost hat bereits 1959 bei der Internationalen Fernmelde Union in Genf ein starkes Interesse für diesen Wellenbereich angemeldet. Aber da diese Wellenlängen ebenfalls für das kommende Satellitenfernsehen in Frage kommen, ist höchstens mit einer Teilzulassung für die Bundesrepublik zu rechnen.

Sonst kämen theoretisch etwa 25 neue Programmöglichkeiten in Frage, man rechnet aber heute mit kaum mehr als eine bis drei pro Lokation.

Diese neuen Frequenzen unterscheiden sich grundsätzlich von den bisherigen durch die Eigenschaft, daß sie nur eine Reichweite von etwa 20 Kilometern haben, also jeweils nur etwa den Ballungsbereich einer Großstadt abdecken können. Man spricht darum auch vom "Lokalfernsehen".

Da außerdem dieser Wellenbereich sehr störempfindlich ist, müßten die einzelnen Hausanschlüsse in ein Kabelsystem eingebracht werden.

Zusätzlich braucht man auch noch einen Converter für die Wiedergabe in unserem Fernsehgerät und eine spezielle Parabolantenne, die ebenso wie der Converter noch nicht in der industriellen Massenfertigung sind.

Warum also soviel Geschrei über das "Vierte Programm"?

Die Gründe liegen weniger im technischen als im rundfunkpoli-

tischer Bereich.

Die neue Situation könnte nämlich das berührte Karlsruher Fernsehurteil vom 28. Februar 1962 in Frage stellen, das von der Voraussetzung ausging, daß die Technik eine erhebliche Vermehrung der Sendemöglichkeiten nicht zulasse.

Da diese Voraussetzung bei einer Freigabe der 12-Giga-Hertz-Frequenzen entfielen, könnte die bisherige Rundfunkordnung, die den öffentlich-rechtlichen Anstalten das Sendermonopol zuspricht, aus den Fugen geraten.

In der CDU, wie in der FDP sind bekanntlich starke Bestrebungen, neben den bisherigen Rundfunkanstalten auch private Institute zuzulassen. Die SPD dagegen hält an ihrer Grundhaltung, das heißt der öffentlich-rechtlichen Organisation des Rundfunkwesens, fest.

Da die endgültige Antwort darauf von den Parlamenten der kommenden Legislaturperiode gegeben wird, wird man wohl auf Grund der Mehrheits- bzw. Koalitionsverhältnisse zu einem für alle Seiten tragbaren politischen Kompromiß kommen müssen.

Die Komplikation bei der Nutzung der neuen Wellenbereiche ergibt sich zusätzlich aus der Tatsache, daß die Rundfunkanstalten bisher kein besonderes Interesse gezeigt haben, neue Lokalsender zu betreiben. Sie würden ihre Finanzbasis, die demnächst durch eine Gebührenerhöhung gesichert werden soll, von neuem in Frage stellen.

Deswegen denkt man daran, die neuen Programm-Möglichkeiten über Werbung zu finanzieren, und Gamaia nur lokale Ausbreitung haben, natürlich über lokale Werbung.

Damit geraten die Lokalsender in einen schwierigen Interessenkonflikt mit den Tageszeitungen, die wirtschaftlich zu mehr als 60 Prozent von der Werbung abhängen.

Diese wenigen Hinweise zeigen bereits, wie konsequenzenreich die Installation von Lokalsendern werden wird. Sie werden die politischen Parteien zwingen, auf Grund der neuen Situation ein generelles kommunikationspolitisches Konzept zu entwickeln, das an alle Träger des Informationswesens denkt und bei aller Grundsatztreue auch neue Organisationsformen überdenkt, die im gesellschaftspolitischen Effekt den öffentlich-rechtlichen Anstalten gleichwertig sein müssen.

Um nicht von vollendeten Tatsachen Überrascht zu werden, ist erst einmal fest auf die Bremse getreten worden:

Hamburgs Bürgermeister Herbert Weichmann hat im Februar den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, seinen niedersächsischen Kollegen Dr. Diederichs, brieflich vor einer Lizenzierung kommerzieller Sender gewarnt und einen Arbeitskreis vorgeschlagen, der die komplexen Probleme prüfen soll.

Bevor dieser Arbeitskreis nicht zu einem Ergebnis gekommen ist, soll jede Entscheidung vermieden werden, die auf dem Gebiete des Rundfunkwesens präjudizierend wirken könnte.

Das ist ein guter Vorschlag - inzwischen haben die Ministerpräsidenten ihn zu ihrem eigenen gemacht -, der Zeit und Musse läßt, auch bei den Rundfunkexperten der Parteien die Modelle zu entwickeln für ein allgemeines kommunikationspolitisches Konzept und im besonderen für die Einordnung der Lokalsender sowie die Unterbringung bildungspolitischer Wünsche innerhalb der erweiterten Programmmöglichkeiten.

Da die Zeit schnell läuft, dürfen sie nicht trödeln.